



John Locke und Adam Smith – Wegbereiter von Freihandel und Wohlstand für alle?

Adam Smith, der schottische Urahn der Volkswirte, hatte im Unterschied zum merkantilistischen Wirtschaftssystem des 18. Jahrhunderts einen freien Markt im Sinn, der sich selbst reguliert und in internationalem Kontext ein Gleichgewicht erzeugt. Smith sah die Triebfeder für wirtschaftliches Handeln im Eigennutz: Streben alle nach ihrem eigenen Vorteil, kommt dies am Ende allen zugute. Die Idee, dass der Mensch als Individuum frei denken und (im doppelten Wortsinn) handeln kann, geht auf den politischen Liberalismus von John Locke zurück, der im 17. Jahrhundert Leben, Freiheit und Eigentum als Naturrecht postulierte. Laut Smith würde die „unsichtbare Hand“ über Marktprozesse für maximalen Wohlstand aller sorgen. Unterbrochene Lieferketten in der Coronapandemie, ungleiche internationale Verteilung von Reichtum und protektionistische Tendenzen etlicher Staaten zeigen: Die Frage, wie sehr die Politik den Markt sich selbst überlassen soll, ist brandaktuell.

Die Lernenden begeben sich mithilfe eines interaktiven Web Based Trainings auf die ideengeschichtlichen Spuren von Locke und Smith und lernen die Grundlagen des politischen bzw. wirtschaftlichen Liberalismus kennen. Anschließend beziehen sie das Gelernte auf die Herausforderungen der Coronakrise und setzen sich mit der Frage auseinander, ob ein Eingriff in den Markt geeignet ist, um die Krise zu bewältigen.

Überblick

Themenbereich	Grundannahmen ökonomischen Denkens → Politische Ökonomie → Wirtschaftlicher und Politischer Liberalismus
Vorwissen	Marktmechanismus, Soziale Marktwirtschaft
Zeitbedarf	2 Unterrichtsstunden
Methoden	Partnerbriefing, Positionslinie
Kompetenzen	Die Schülerinnen und Schüler ... <ul style="list-style-type: none">◆ erarbeiten mithilfe eines Web Based Trainings Wirtschaftstheorien des 18. und 19. Jahrhunderts.◆ lernen zentrale Begriffe der Wirtschaftstheorie kennen und werten Texte zur Wirtschaftspolitik in der Coronakrise aus.◆ diskutieren die Frage „Mehr Markt, weniger Staat“ und beziehen dazu begründet Stellung.
Schlagworte	Absolutismus, Arbeitsteilung, Freihandel, Globalisierung, Liberalismus, Merkantilismus
Autorin	Sabine Steinbeck
Redaktion	RAABE – Dr. Josef Raabe Verlags-GmbH
Produktion	Klett MINT (September 2022)



Liberalismus als Lösung für alles?

„Why Liberalism failed“ – der Titel des Buches von Patrick Deneen, amerikanischer Politikwissenschaftler, zielt direkt ins Herz vermeintlich freiheitlicher Gesellschaften. Zu Tode gesiegt habe sich der Liberalismus, so Deneens Diagnose. Tatsächlich ist unübersehbar, dass die Freiheit überall auf der Welt immer stärker in Frage gestellt wird – sei es zum Schutze der Gesundheit wie in der Coronapandemie oder für den politischen Machterhalt, indem die freie Presse oder Oppositionsparteien unterdrückt werden.

Blickt man auf die Vordenker des Liberalismus, den englischen **Philosophen John Locke (1662 – 1704)** und den schottischen **Nationalökonom Adam Smith (1723 – 1790)**, zurück, wird deutlich: Politische und wirtschaftliche Freiheit sind kein Naturgesetz, kein Allheilmittel gegen Krisen, kein Rezept gegen Ungleichheit und Unterdrückung. Lockes Vorstellung von einem Staat, in dem per ungeschriebenem Gesellschaftsvertrag das Individuum einen Teil seiner „**Naturrechte**“ an eine staatliche Macht abgibt, um im Gegenzug den Schutz für Freiheit und Eigentum zu erhalten, resultierte in der Forderung nach einem Rechtsstaat, in dem Exekutive, Legislative und Judikative getrennt voneinander wirken können. Keine wirkliche Lösung hatte jedoch Locke im 17. Jahrhundert für das Dilemma, dass das Recht auf Reichtum für die einen das Recht auf Nahrung für die anderen einschränken kann.

Die Frage, wie man **staatliche Macht** – und neuerdings auch die Macht internationaler Konzerne – begrenzen und kontrollieren kann, wird in der politischen und wirtschaftlichen Dimension täglich neu verhandelt. Für Adam Smith, der als Vordenker des Liberalismus gilt und die Funktionsweise der Wirtschaft auf regelhafte Mechanismen und Abläufe hin untersuchte – war klar: Nur auf einem freien Markt mit freiem Wettbewerb und freiem Handel kann sich Wohlstand für alle etablieren. Diese Gleichung sah er nicht nur innerhalb eines nationalen Wirtschaftssystems als gegeben an. Er hatte das System der Arbeitsteilung und die daraus entstehenden komparativen Kostenvorteile, die später von David Ricardo mathematisch berechnet und belegt wurden, auch in Bezug auf internationale Handelsbeziehungen im Blick.

Dass Smith' Grundideen heute pauschalisierend als Begründung für einen radikalen wirtschaftlichen Liberalismus erhalten müssen, in dem „Narzissen, Egomane und Selbstausbeuter“ (Giercke 2020) rücksichtslos nach ihrem Nutzen streben, wäre nicht in seinem Sinne. Vielmehr sah Smith den Staat durchaus in der Verpflichtung, für Rahmenbedingungen zu sorgen. Ein Rechtssystem war für Smith genauso unabdingbar wie die Bereitstellung einer Infrastruktur, eines Gesundheitssystems und eines Bildungssystems, um allen ein freies Handeln zu ermöglichen: staatliche Leistungen, die sich in unserem Grundgesetz, in den Grundrechten und in den Grundlagen der sozialen Marktwirtschaft spiegeln.

Die vorliegende Unterrichtseinheit führt die Schülerinnen und Schüler in die Grundlagen der **Theorie des politischen und wirtschaftlichen Liberalismus** ein. Sie versetzt die Lernenden in die Lage, die Aktualität der Überlegungen von John Locke und Adam Smith wahrzunehmen und zu beurteilen. Das Spektrum der kritischen Auseinandersetzung könnte von den Fragen „Warum gibt es Globalisierungsgewinner und -verlierer? Warum ist der Reichtum auf der Welt so ungleich verteilt?“ über die Diskussion der beobachtbaren Tendenzen zum wirtschaftlichen Protektionismus, die Beschäftigung mit der Sinnhaftigkeit internationaler Arbeitsteilung angesichts des Zusammenbruchs von globalen Lieferketten bis hin zur Infragestellung staatlicher Eingriffe in Eigentumsrechte am Beispiel der Mietpreisbremse bzw. Enteignungsinitiativen im Immobiliensektor reichen. Zum Abschluss der Unterrichtseinheit wird die „klassische“ Frage diskutiert: „Mehr Staat oder mehr Markt?“, die mit Bezug auf die wirtschafts- und gesellschaftspolitische Lösung der Coronakrise wieder verstärkt gestellt wurde und die Lebensrealität der Zielgruppe aufgreift.

Literaturhinweise:

Brocker, Manfred (2020): John Locke, Zwei Abhandlungen über die Regierung (1690), in: ders. (Hrsg.): Geschichte des politischen Denkens. Ein Handbuch. 6. Auflage, Frankfurt, S. 258 – 272.

Deneen, Patrick (2018): Why Liberalism Failed, Yale.

Gierke, Sebastian (2020): Wenn Freiheit sich selbst zerstört, in: Süddeutsche Zeitung, 30.11.2020, <https://www.sueddeutsche.de/politik/freiheit-liberalismus-marktliberalismus-1.5129772>, Zugriff vom 23.02.2022

Hansen, Henrik (2020): Adam Smith. Der Wohlstand der Nationen (1776), in: Brocker, Manfred (Hrsg.): Geschichte des politischen Denkens. Ein Handbuch. 6. Auflage, Frankfurt, S.318-333.

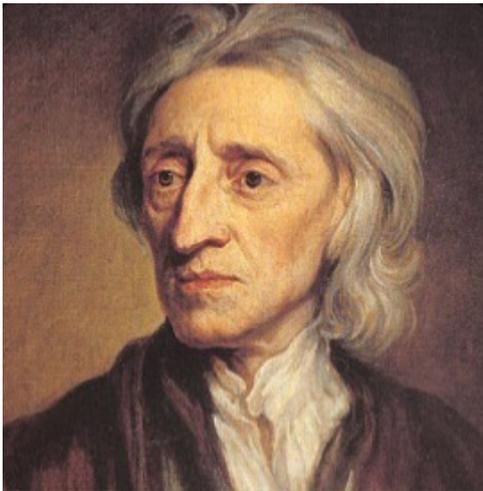
Schubert, Klaus / Klein, Martina (2020): Liberalismus, in: Das Politiklexikon, 7., aktual. u. erw. Aufl., Bonn (Lizenzausgabe der Bundeszentrale für Politische Bildung), <https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/politiklexikon/17794/liberalismus/> , Zugriff vom 23.02.2022

Adam Smith: Der Wohlstand der Nationen, Buch 4, aus dem Englischen von H.C. Recktenwald, München 1978.

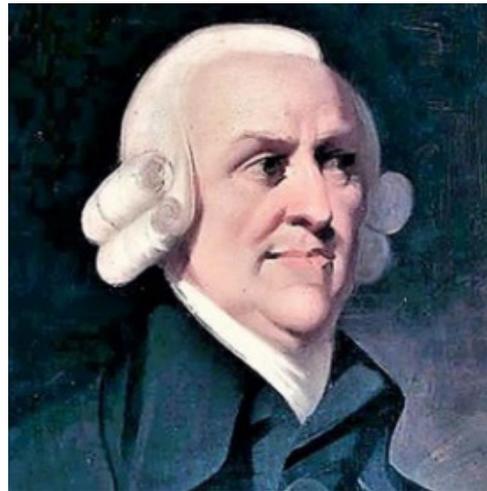
Unterrichtsverlauf

Zeit	Phase	Inhalte	Materialien	Tipps / Hinweise
1. Unterrichtsstunde: Einführung in die Theorien von Locke und Smith				
5'	Einstieg I	Vorbereitung des WBTs: Die Lehrkraft erläutert kurz den Ablauf.	Web Based Training: Die Theorien von John Locke und Adam Smith	Unterrichtsgespräch
35'	Erarbeitung I	Die SuS erarbeiten mithilfe eines WBTs die Grundlagen der Theorien von John Locke und Adam Smith. Sie überprüfen ihr Wissen anhand verschiedener interaktiver Aufgaben im WBT.	Web Based Training: Die Theorien von John Locke und Adam Smith	Übersicht über die Inhalte des WBT im Lösungsteil. Einsatzszenarien: 1. in Einzelarbeit (empfohlen) 2. Einzelarbeit im Sinne von Flipped Classroom: Teil II des WBTs kann im Unterricht erarbeitet werden. 3. in Kleingruppen: Gruppengröße sollte 2 bis 3 SuS nicht übersteigen. 4. im Plenum: Gemeinsames Erarbeiten der Inhalte über das WBT.
5'	Sicherung	Die SuS tauschen sich über die im WBT erarbeiteten Inhalte aus und klären Verständnisprobleme.		Mögliche Leitfragen: ◆ Welche Begriffe haben Sie schon einmal gehört, was haben Sie Neues gelernt? ◆ Welche Fragen sind offen geblieben? ◆ In welchem Zusammenhang haben Sie den Begriff „liberal“ oder „Liberalismus“ schon einmal gehört? ◆ Für wie aktuell halten Sie die Theorien von Locke und Smith?

Zeit	Phase	Inhalte	Materialien	Tipps / Hinweise
2. Unterrichtsstunde: Überprüfung der Theorien vor dem Hintergrund der Coronakrise				
10'	Erarbeitung II	Die SuS setzen Elemente einer Collage in Bezug zu den Theorien von Locke und Smith.	M1 Collage: Markt und Freiheit heutzutage	Unterrichtsgespräch
20'	Erarbeitung III / Diskussion	Die SuS erarbeiten aus zwei Fachtexten Argumente für und gegen die These, dass die „unsichtbare Hand“ in der Corona-Pandemie versagt habe.	M2 Coronakrise und Marktwirtschaft – Mehr Staat, weniger Markt ist keine Lösung M3 Corona zeigt: Ein schwacher Staat ist keine Lösung	Unterrichtsgespräch / Blitzlicht Textanalyse / Partnerbriefing Differenzierungsmöglichkeit: M3 ist für schwächere SuS leichter zu erschließen, da der Beitrag eine sehr klare Argumentationsstruktur aufweist und der Autor seine Forderungen explizit formuliert.
10'	Diskussion	Die SuS führen eine Fishbowl-Diskussion zur Aussage: „Der Markt ist ein höheres Wesen, der hat immer Recht“ durch.		Fishbowl-Diskussion
5'	Urteilsbildung	Die SuS positionieren sich mit Hilfe einer Positionslinie zu Fragestellung: „Der Markt ist ein höheres Wesen, der hat immer Recht“.		Positionslinie (kann auch mit Kartenabfrage durchgeführt werden)



John Locke
1662 – 1704



Adam Smith
1723 – 1790



Web Based Training: Die Theorien von John Locke und Adam Smith

Wer waren John Locke und Adam Smith und was haben Sie mit Liberalismus zu tun? Im Web Based Training (WBT) werden Ihnen die Theorien der beiden Staatstheoretiker und Ökonomen des 17. und 18. Jahrhunderts vorgestellt. Erfahren Sie, wieso das Recht auf Eigentum nicht immer selbstverständlich war und welche Bedeutung freier Wettbewerb und freier Handel für wachsenden Wohlstand in der Welt haben. Mit interaktiven Übungen können Sie Ihr Wissen überprüfen.

Aufgaben

- 1 Bearbeiten Sie das WBT. Angaben zur genauen Vorgehensweise finden Sie direkt im WBT.
- 2 Notieren Sie unklare Begriffe oder offene Fragen für das anschließende Unterrichtsgespräch.

M1

Collage: Markt und Freiheit heutzutage



© Debby Wong / Shutterstock.com

**Managergehälter:
Wie viel ist zu viel?**

**Niedriglöhne in Deutschland:
Wenn der Job zur Billiglohn-
Falle wird**

Jede fünfte abhängig beschäftigte Person in der Bundesrepublik gehört dazu.

Viele Arbeitsplätze hängen in Deutschland vom Export ab
in Prozent



in absoluten Zahlen, in 1.000



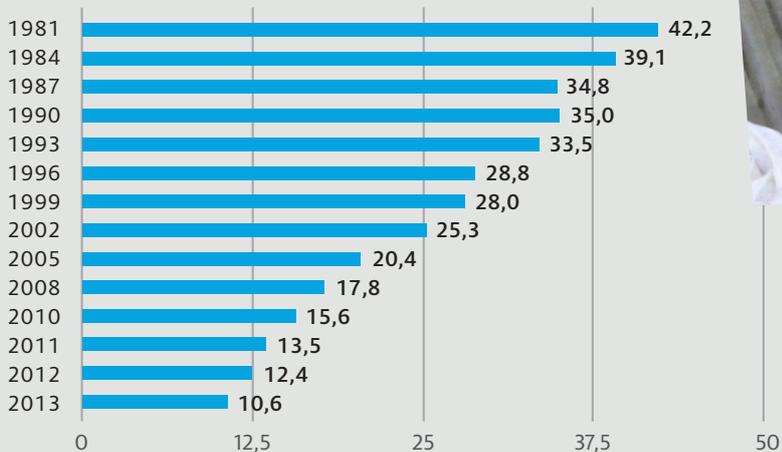
Weltweites BIP in Billionen Dollar



Statistisches Bundesamt, 2020

**Anteil der Weltbevölkerung mit einem Einkommen
von 1,90 Dollar oder weniger pro Tag***

1981 bis 2013, in Prozent

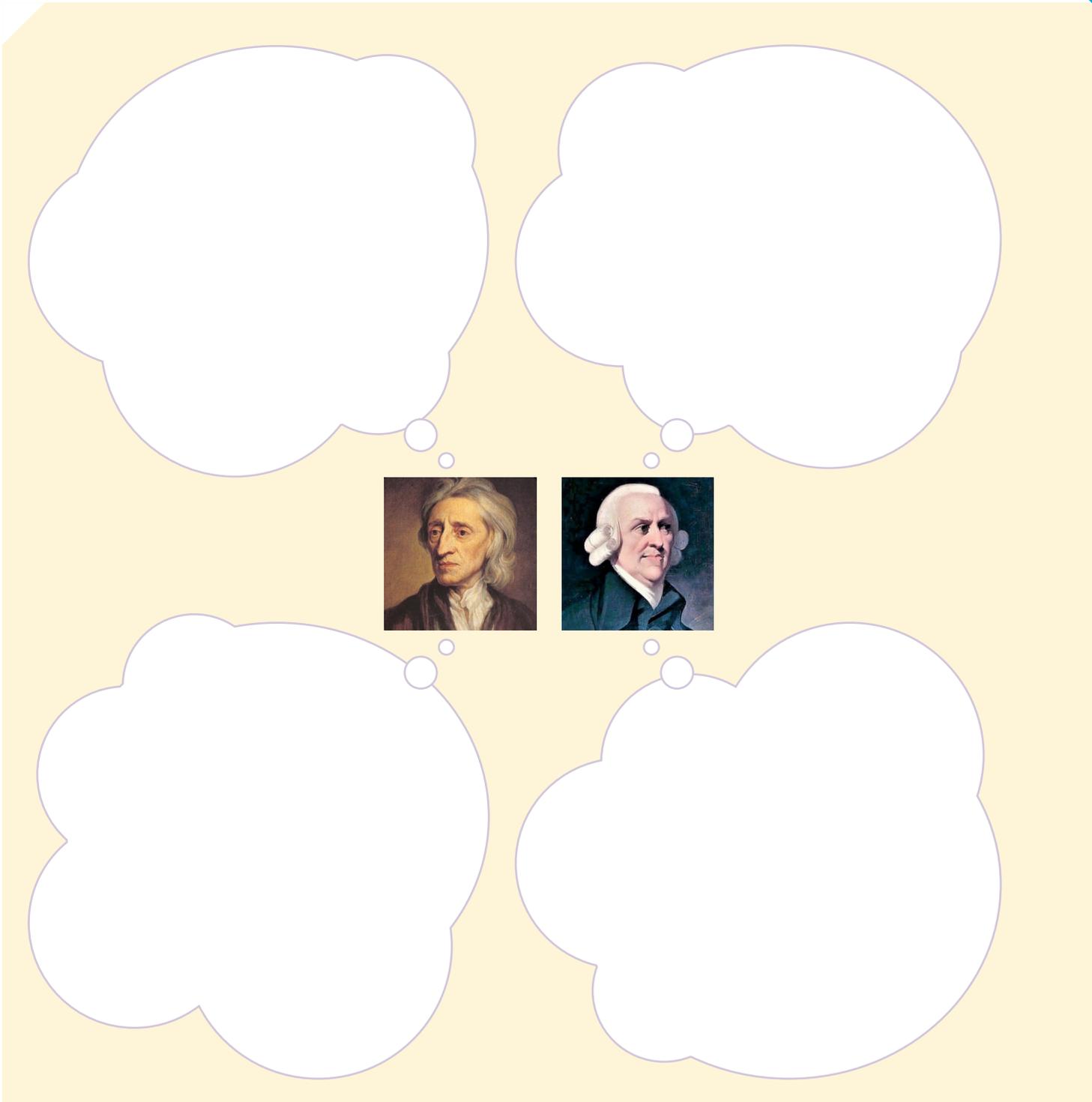


© terre des hommes / C. Kovermann



© picture alliance/dpa/Christoph Schmidt

* Kaufkraftbereinigt, in US-Dollar des Jahres 2021
Weltbank, World Development Indicators (Abruf 2022)



Aufgabe

- 3** Suchen Sie aus der Collage (M1) jeweils ein Element aus, das Sie mit den theoretischen Annahmen von John Locke bzw. Adam Smith in Bezug setzen möchten.
- a) Formulieren Sie zu jedem Element zwei Aussagen: Was hätte Locke bzw. Smith an der heutigen Situation angenehm überrascht, was würden die beiden bemängeln?
 - b) Lesen Sie Ihre Ergebnisse in der Klasse vor.

M2

Coronakrise und Marktwirtschaft – Mehr Staat, weniger Markt ist keine Lösung



© Müller-Vogg online

▲ Dr. Hugo Müller-Vogg

[...] Das Virus hat bereits vieles verändert und wird seine Spuren hinterlassen – gesellschaftlich, politisch und vor allem wirtschaftlich. Mit jedem Tag wächst ja die Zahl derer, die „die Globalisierung“ und „den Kapitalismus“ für

den Ausbruch der Pandemie verantwortlich machen. Das muss man nicht weiter ernst nehmen. Kein vernünftiger Mensch will zurück in eine längst vergangene Welt, als andere Länder und Kontinente für die Masse der Menschen unerreichbar fern waren. Und was den Kapitalismus angeht, so wird niemand ernsthaft behaupten wollen, ausgerechnet das kommunistische China [...] stehe für eine Wirtschaftsordnung mit Privateigentum an Produktionsmitteln und der Steuerung von Produktion und Konsum über den Wettbewerb.

Nun gibt es aber durchaus seriöse Politiker und Ökonomen, die weder die Reisefreiheit noch das Privateigentum abschaffen wollen, gleichwohl aber „nach Corona“ bei uns einiges grundlegend verändern möchten. Die Richtung dieser „Staatwirtschaftler“ ist eindeutig: mehr Staat, weniger Markt, weniger internationale Arbeitsteilung. Die Diskussion darüber hat bereits begonnen. Man muss also kein Prophet sein, um sich auf eine scharfe ordnungspolitische Auseinandersetzung nach Überwindung der Pandemie einzustellen. Und man braucht keine allzu große Fantasie, um die Argumente derer vorherzusagen, die für eine grundlegend andere Politik eintreten. Hier die wichtigsten Vorwürfe der „Staatwirtschaftler“:

„Der Markt hat versagt.“

Es trifft zu, dass es [zu Beginn der Pandemie] an Gesichtsmasken, an Schutzkleidung, an Beatmungsgeräten [gefehlt hat]. Aber was hat das mit dem Markt zu tun? Wenn bereits vor zwei, drei Jahren mit dem Ausbruch einer solchen Pandemie zu rechnen gewesen wäre, hätte die deutsche Wirtschaft mühelos produziert, was wir brauchen. Aber niemand produziert mehr als er absetzen kann. Dem Markt ist ebenso wenig anzulasten, dass die staatlichen Stellen die Geschwindigkeit der Ausbreitung des Coronavirus und seine Gefährlichkeit [...] völlig unterschätzt haben. Auch hat nicht „der Markt“

zugelassen, dass [...] Passagiere aus Hochrisikoländern hier ungehindert landen konnten. Die völlig unzureichende Überprüfung von Einreisenden an Grenzen und Flughäfen hat ebenfalls mehr mit Staatsversagen als mit Marktversagen zu tun. Tatsache ist: Die Größe der Herausforderung ist von den meisten nicht erkannt worden – leider auch nicht vom Staat.

„Der Neoliberalismus hat das Gesundheitssystem beschädigt.“

Wir hoffen, dass es nicht so weit kommt. Aber unser Gesundheitssystem kann an seine Grenzen stoßen, wenn es nicht gelingt, die Zunahme der Zahl der Infizierten deutlich und anhaltend zu verlangsamen. Sollte die Katastrophe eintreten, dann ist aus linker Sicht bereits geklärt: Schuld war die Privatisierung im Gesundheitswesen. Das ist schon insofern irreführend, weil die meisten Krankenhäuser in öffentlicher Hand sind und kein Wirtschaftszweig so stark reguliert ist wie das Gesundheitswesen. Zweifellos ist in den Krankenhäusern in den vergangenen zwei Jahrzehnten kräftig gespart worden – in den staatlichen wie in den privaten. Doch geht es den vielen kommunalen und universitären Kliniken sicher nicht um Profitmaximierung. Deren Sparpolitik ist das Ergebnis politischer Vorgaben: Die Politik wollte den Anstieg der Kassenbeiträge dämpfen, und die Kassen gaben dies in Form strenger Auflagen an die Krankenhäuser weiter. Man kann der Meinung sein, der Staat habe es mit den Sparbemühungen im Gesundheitswesen übertrieben. Nur: Mit Marktversagen hat das nichts zu tun. Übrigens: Das verstaatlichte britische Gesundheitssystem wird mit Corona zweifellos nicht besser fertig als das deutsche.

„Streben nach Shareholder-Value macht uns vom Ausland abhängig.“

Unsere Industrie ist aufgrund der Verlagerung von großen Teilen der Produktion ins Ausland, nicht zuletzt nach Fernost, verwundbar geworden. Eine Unterbrechung der Lieferketten, ganz gleich wo, stoppt schnell die Produktion. Auch wenn niemand mit einer Pandemie dieses Ausmaßes rechnen konnte, werden viele Unternehmen die Struktur ihrer Lieferanten überdenken und wohl ihre Abhängigkeit von einzelnen Ländern verringern. [...] Die Abhängigkeit von ausländischen Produzenten

Shareholder-Value: Wert eines Unternehmens, entspricht dem notierten Kurswert der Aktien

wird gerade bei Medikamenten deutlich. Dass Deutschland schon lange nicht mehr die Apotheke der Welt ist und lebenswichtige Wirkstoffe fast ausschließlich aus China und Indien kommen, ist zweifellos das Ergebnis unternehmerischer Entscheidungen. Nur darf dabei nicht der Einfluss der staatlichen Gesundheitspolitik übersehen werden. Wenn die Krankenkassen aufgrund politischer Vorgaben bei Medikamenten die Preise ständig drücken, darf sich niemand wundern, dass die pharmazeutische Industrie immer stärker nach Fernost ausweicht.

„Die Armen müssen am meisten leiden.“

Niemand kann übersehen, dass durch die Schließung von Produktionsstätten, kulturellen Einrichtungen und Gastronomiebetrieben diejenigen besonders zu leiden haben, die wirtschaftlich ohnehin nicht auf der Sonnenseite angesiedelt sind: Teilzeitbeschäftigte, Alleinerziehende, Mindestlohnbezieher. Auch kommen viele Kurzarbeiter in Bedrängnis, wenn der Arbeitgeber die 60 beziehungsweise 67 Prozent von der Arbeitsagentur nicht aufstockt. Der deutsche Sozialstaat hilft umfangreicher als andere Länder das können, nicht zuletzt deshalb, weil dank der seit 15 Jahren praktizierten soliden Haushaltspolitik erhebliche finanzielle Spielräume bestehen. Aber der Staat kann keine Wunder vollbringen.

Jedenfalls geht es denen am unteren Ende der sozialen Skala in der „kapitalistischen Bundesrepublik“ besser als in anderen Ländern, wo der Staat noch mehr regelt als bei uns. Gleichwohl ist die Coronakrise für Sozialisten – ob mit rotem, dunkelrotem oder grünem Parteibuch – ein willkommener Anlass, eine Erhöhung sozialer Leistungen zu fordern. Da Hartz IV derzeit – aus guten Gründen – ohne Bedürftigkeitsnachweis bewilligt wird, wird es großer Kraftanstrengungen bedürfen, diese Tür wieder zu schließen. [...]

„Die Steuern müssen erhöht werden.“

Noch wissen wir nicht, wie lange der unvermeidliche konjunkturelle Einbruch anhalten, welche sozialen Verwerfungen diese schwere Rezession mit sich bringen, wie lange die Erholungsphase dauern und wie hoch dann die Staatsverschuldung sein wird. Aber die „Staatswirtschaftler“ kennen schon die Lösung: höhere Steuern und vor allem eine Vermögensabgabe. Das freilich überrascht nicht. Niemals hat es eine Zeit gegeben, ob Boom oder Krise, in der staatsgläubige Politiker nicht nach einer höheren Besteuerung der „Reichen“ gerufen hätten. Bei allen Ungewissheiten, die mit der Pandemie verbunden sind, bleiben wenigstens die Rezepturen der „Staatswirtschaftler“ berechenbar.

Müller-Vogt, Hugo: „Die Stunde der Staatswirtschaftler“, 01.04.2020 | Cicero – Magazin für politische Kultur, 01.04.2020

Dr. Hugo Müller-Vogt ist als Publizist tätig. Von 1998 bis 2001 war er Mitherausgeber der FAZ.

M3

Corona zeigt: Ein schwacher Staat ist keine Lösung



© DIW Berlin

▲ Marcel Fratzscher

Nicht wenige Menschen werfen dem Staat und seinen Institutionen in der Pandemie Versagen vor. Auch wenn Politik und Institutionen Fehler gemacht und strukturelle Schwächen offenbart haben: Diese Kritik ist fehlgeleitet. Denn kaum ein anderes Land hat die Pandemie mit Blick auf den Schutz von Menschenleben, Gesundheit, Wirtschaft und Grundrechten so erfolgreich gemeistert wie Deutschland – dank eines starken Sozialstaats und guter staatlicher Institutionen. Die richtige Lehre aus der Pandemie sollte daher nicht die Schwächung des Staates sein, sondern eine grundlegende Reform seiner Institutionen und Regeln, sodass

eine neue, moderne Ordnungspolitik entstehen kann. Ludwig Erhard hat seine Vision der Ordnungspolitik mit einem Fußballspiel verglichen: Die Mannschaften sind die Marktteilnehmer, und der Staat ist der Schiedsrichter, der die Einhaltung der Regeln sicherstellt, aber nicht selbst mitspielen darf.

Die Kritiker*innen in der Pandemie monieren, der Staat würde immer mehr zum Spieler, zum „Unternehmerstaat“, der seine Rolle überschreite und damit selbst zur Ursache von Marktversagen geworden sei. Das ist jedoch falsch. Die großen Krisen der vergangenen 30 Jahre wurden verursacht oder verstärkt, weil der Staat zu häufig die Rolle des Schiedsrichters vernachlässigt und die Regelsetzung und die Kontrolle der Regeln an private Unternehmen verloren hat. Ein mahndendes Beispiel ist die globale Finanzkrise von

2008/09, die ihren Ursprung im neoliberalen Dogma der 1990er-Jahre hatte, die Banken wüssten am besten, wie sie sich selbst zu regulieren hätten. In anderen Worten: Der Staat ist das Problem und der Markt die Lösung. Wir kennen heute das Resultat dieses Dogmas: Finanzinstitutionen veränderten oder interpretierten die Regeln so, dass sie enorme Risiken eingingen und Profite privatisierten konnten, Staat und Gesellschaft jedoch für Risiken und Verluste aufkommen mussten. Wenn man dem Staat etwas vorwerfen kann, dann nicht, dass er selbst zum Spieler der Marktwirtschaft geworden ist, sondern dass er seine Rolle als Schiedsrichter nicht oder nicht unparteiisch genug erfüllt. So hat Deutschland mit über 20 Prozent einen der größten Niedriglohnsektoren Europas, weil die dort Beschäftigten ohne Tarifvertrag nicht auf Augenhöhe mit den Arbeitgebern verhandeln können oder der Mindestlohn missbraucht wird.

Die Bildungschancen sind in Deutschland sehr ungleich verteilt – 70 Prozent der Akademikerkinder gehen zur Universität, aber nur 20 Prozent der Kinder von Nicht-Akademiker*innen. Es ist letztlich ein „Marktversagen“, wenn Menschen nicht die gleichen Chancen haben. Die Erfahrung der Pandemie zeigt: Der drohende Zusammenbruch der Wirtschaft kann nur durch einen starken Staat verhindert werden. Selbst die größten deutschen Unternehmen waren plötzlich auf öffentliche Gelder angewiesen. Ohne das staatliche Kurzarbeitergeld wären Millionen Menschen arbeitslos geworden. Ohne die massiven Wirtschaftshilfen wären Tausende von Unternehmen pleitegegangen. Ohne ein größtenteils staatlich finanziertes Gesundheitssystem hätten nicht Tausende von Menschenleben gerettet werden können.

Dennoch haben die Kritiker*innen mit manchen ihrer Punkte recht: Der Staat hat Fehler gemacht und Schwächen offenbart – die Schließung von Schulen ohne adäquaten digitalen Ersatz, zu geringe oder schleppende Hilfen für Familien, Soloselbstständige oder Minijobber*innen und eine unzureichende Strategie zur Begrenzung der Pandemie sind schmerzvolle Beispiele. In den meisten Fällen hätten aber auch private Unternehmen diese Probleme nicht lösen können. Um den Erfolg privater Unternehmen in der Pandemie zu belegen, wird nicht selten das Beispiel BioNTech angeführt. Bei genauerer Betrachtung fällt dieses Argument jedoch in sich zusammen: Viele der wichtigen Patente, die für die Entwicklung des Impfstoffs notwendig waren, gehen auf staatlich finanzierte Grundlagenforschung zurück – an Uni-

versitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen – und auf direkte staatliche Forschungsförderung.

Weltweit verdankt fast jedes große Unternehmen einen erheblichen Teil seines Erfolgs direkter oder indirekter staatlicher Unterstützung. Dies gilt selbst für Innovatoren wie Tesla, die von staatlich finanzierten Patenten und Subventionen massiv profitieren. Was für einzelne Unternehmen gilt, gilt auch für ganze Volkswirtschaften: Die Ökonomen Daron Acemoglu und James A. Robinson zeigen in „Wieso Nationen scheitern“, dass staatliche Institutionen der entscheidende Faktor für den wirtschaftlichen, sozialen und politischen Erfolg von Nationen sind. Wir Deutschen sind nicht klüger oder cleverer als andere Menschen. Es waren und sind vor allem exzellente staatliche Institutionen und der Rechtsstaat, der das „Wirtschaftswunder“ nach dem Zweiten Weltkrieg möglich gemacht hat.

Es gibt drei zentrale Gründe, wieso sich der Staat in Zukunft nicht weniger, sondern stärker in das Marktgeschehen einmischen muss:

Erstens der technologische Wandel, da neue Technologien zunehmend zu Monopolen und einer Marktkonzentration führen und damit zu fehlendem Wettbewerb, geringerer Innovation und Monopolrenten. Um Marktversagen zu verhindern, muss der Staat solche Unternehmen stärker regulieren und notfalls auch zerschlagen.

Der zweite Grund ist die steigende Bedeutung globaler Kapitalmärkte und die damit verbundene Konzentration von Risiken, bei denen ein Scheitern selbst kleinerer Finanzinstitutionen – der Zusammenbruch von Lehman Brothers im September 2008 ist ein warnendes Beispiel – ganze Volkswirtschaften in eine tiefe Krise stürzen kann. Staatliche Institutionen und Zentralbanken dürfen diese Fehler nicht wiederholen und müssen zum Beispiel private Währungen wie den Bitcoin sehr viel stärker regulieren und eigene digitale Währungen entwickeln.

Dritter Grund für eine stärkere staatliche Rolle ist die zunehmende Globalisierung und die damit verbundene Machtverschiebung von staatlichen Institutionen hin zu multinationalen Unternehmen. Seit Jahrzehnten spielen große Unternehmen Staaten gegeneinander aus und haben einen Steuerwettbewerb ausgelöst, bei dem Unternehmensteuern gesenkt und Steuern für Beschäftigte erhöht werden. Die kürzlich von der G20 beschlossene globale Mindeststeuer für Unternehmen von 15 Prozent ist ein erster, kleiner Schritt, um eine funktionierende Marktwirtschaft wieder gewährleisten zu können. [...]

Fratzscher, Marcel: „Corona zeigt: Ein schwacher Staat ist keine Lösung“, 12.08.2021 | DIW Berlin, 12.08.2021

Marcel Fratzscher leitet seit 1. Februar 2013 das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) und ist Professor für Makroökonomie an der Humboldt-Universität in Berlin. Davor leitete er in der Europäischen Zentralbank die Abteilung International Policy Analysis.



Digitale Methode: Positionslinie

Ihre Meinung ist gefragt: Mithilfe der digitalen Anwendung nehmen Sie Stellung zu der Aussage, die auf der Leinwand erscheint. Stimmen Sie der Aussage zu oder eher nicht? Nutzen Sie Ihr digitales Endgerät, um sich zu positionieren. Das Klassenergebnis wird anschließend auf der Leinwand angezeigt.

Aufgabe

4

Lesen Sie zunächst die Überschriften der Texte M2 und M3.

- a) Äußern Sie in einem „Blitzlicht“ spontan, wie Sie die Aussage der beiden Überschriften mit Ihren Vorkenntnissen zur liberalen Wirtschaftstheorie von Adam Smith in Verbindung bringen.
- b) Teilen Sie die Materialien M2 und M3 innerhalb der Lerngruppe gleichmäßig auf. Analysieren Sie Ihren Text zunächst in Einzelarbeit hinsichtlich der Frage, für welche wirtschaftspolitische Grundposition sich der Autor ausspricht, um die Coronakrise bzw. deren wirtschaftliche Folgen zu bewältigen. Tragen Sie die wichtigsten Argumente in einer Liste stichpunktartig zusammen.
- c) Finden Sie sich mit einem Lernpartner bzw. einer Lernpartnerin zusammen, der / die das andere Material bearbeitet hat. Führen Sie ein Partnerbriefing durch, indem Sie sich abwechselnd die erarbeiteten Inhalte präsentieren.
- d) Führen Sie in der Lerngruppe eine Fishbowl-Debatte durch, in der Sie die verschiedenen Möglichkeiten der wirtschaftspolitischen Bewältigung der Coronakrise diskutieren. Gehen Sie dabei von der These aus: „Der Markt ist quasi ein höheres Wesen, der hat immer Recht.“ und greifen Sie auf ihre Ergebnisse aus Aufgabe 2 b) zurück.
- e) Positionieren Sie sich im Anschluss an die Diskussion auf einer Positionslinie, inwieweit Sie der Aussage aus Aufgabe 4 d) zustimmen. Begründen Sie.